

**Re-Structuring Western Europe after 1945:
Social, National and Cultural Change During the Cold War**

Konferenz des Deutschen Historischen Instituts London
vom 6. bis 8. Juli 2001 in Cumberland Lodge

Das Deutsche Historische Institut London hat aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens eine Konferenz zum Thema „*Re-Structuring Western Europe after 1945: Social, National and Cultural Change during the Cold War*“, veranstaltet, die vom 6. bis 8. Juli 2001 in Cumberland Lodge bei London stattfand. Im Mittelpunkt des Interesses standen vier Themenkomplexe, denen jeweils eine Sektion der Tagung gewidmet war: erstens der Umgang der verschiedenen Nationen mit ihrer jüngsten Vergangenheit und die unterschiedlichen Formen der Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft; zweitens wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnungspläne; drittens die Debatten über eine Überwindung des Nationalstaats und die Anfänge der europäischen Integration; und viertens der Einfluß der USA auf die politische, wirtschaftliche und kulturelle Reorganisation Westeuropas.

Mark Mazower (London) betonte in seiner *Keynote Speech*, die zugleich einen Überblick über die neuere Forschungsliteratur bot, welche einschneidende Bedeutung die weltpolitische Wende von 1989/91 für die Neuorientierung der europäischen Geschichtswissenschaft in den vergangenen zehn Jahren hatte. Die Grundmelodie dieser Neuorientierung wird Mazowers Ansicht nach von fünf Leitmotiven bestimmt: erstens dem Versuch, die durch den Kalten Krieg getrennte Geschichte Nachkriegseuropas als Gesamtzusammenhang zu erfassen; zweitens eine Relativierung der lange Zeit vorherrschenden Konzentration auf die Rolle der USA; drittens das Infragestellen der hergebrachten Periodisierung - insbesondere der „Stunde Null“ 1945 - aufgrund der Forschungen der Alltags-, Erfahrungs- und Geschlechtergeschichte; viertens die Betonung europäischer Wurzeln zentraler Phänomene der Nachkriegszeit, die weit über den Bruch von 1945 zurückreichten und nicht allein mit dem modernisierenden Einfluß der USA zu erklären seien; fünftens schließlich eine neue Sensibilität für das erfolgreiche Handeln eines wiedererstarteten Staates, dem es gelungen sei, sich von der Legitimationskrise der dreißiger und vierziger Jahre zu erholen.

Der letztgenannte Aspekt leitete zu den Vorträgen der 1. Sektion über, die sich mit den Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die verschiedenen Gesellschaften beschäftigte. Für den westdeutschen Fall erläuterte **Norbert Frei** (Bochum), wie die Siegermächte in den ersten vier Jahren zunächst eine ambitionierte Entnazifizierungspolitik vorangetrieben hätten, ehe in den folgenden Jahren bis etwa 1955 unter deutscher Leitung eine genau entgegengesetzte Politik gegenüber ehemaligen Funktionsträgern des NS-Staates verfolgt worden sei. Frei bezeichnete diese neue Haltung als „Vergangenheitspolitik“ und charakterisierte sie mit den Begriffen „Amnestie“, „Integration“ und „normative Abgrenzung“. In der Praxis bedeutete dies seiner Ansicht nach, daß in der Regel die strafrechtliche Verfolgung eingestellt, bereits Verurteilte amnestiert und in die Nachkriegsgesellschaft eingegliedert wurden, während in der politischen Rhetorik und im demokratischen Selbstverständnis der Bonner Republik zugleich eine entschiedene Abgrenzung gegenüber der NS-Diktatur vorgenommen wurde. Erst gegen Ende der fünfziger Jahre habe sich in der öffentlichen Debatte eine kritischere Einstellung gegenüber der „unbewältigten Vergangenheit“ durchgesetzt, die in den sechziger Jahren verstärkt zur Wiederaufnahme strafrechtlicher Verfolgung von NS-Tätern geführt habe. Freis chronologische Unterteilung deckte sich weitgehend mit den drei Phasen, die **Filippo Focardi** (Florenz) in seinem Vortrag über den Entwicklungsprozeß einer kollektiven Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Italien identifizierte. Focardi schilderte diesen Prozeß als Kampf zweier konkurrierender Narrative - des antifa-

schistischen und des faschistischen, das anders als in Deutschland nicht völlig tabuisiert war. Zwischen 1943 und 1947 sei es den italienischen Antifaschisten zunächst gelungen, ihre Deutung im kollektiven Gedächtnis der Nation zu etablieren. In den folgenden fünf Jahren geriet diese Interpretation durch die Auflösung der antifaschistischen Koalition und unter dem Druck des Kalten Krieges ins Wanken, wurde aber letztlich durch keine andere Meistererzählung ersetzt. Daher konnte die antifaschistische Deutung gegen Ende der fünfziger Jahre erfolgreich wiederbelebt und schließlich für lange Zeit als vorherrschende Form der kollektiven Erinnerung durchgesetzt werden. Wie groß die Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen gerade im Hinblick auf den Umgang mit der Erinnerung an Krieg und NS-Herrschaft waren, zeigte der Blick auf Großbritannien, dessen Gedenken an den Zweiten Weltkrieg **Nicholas Hewitt** (London) anhand britischer Kriegsdenkmäler untersuchte. Anders als in Deutschland stellte die Niederlage des Nationalsozialismus die nationale Tradition nicht radikal in Frage; anders als in Italien spaltete die Erinnerung an den Krieg die Nation nicht, sondern einigte sie. Hewitt zufolge war das offizielle Gedenken an den Zweiten Weltkrieg in Großbritannien denn auch nicht durch Klassen- oder Parteizugehörigkeiten geprägt, sondern verband Angehörige aller Schichten und Weltanschauungen. Die wichtigste Trennlinie, die Hewitt ausmachte, verlief zwischen Angehörigen verschiedener Generationen - zwischen den älteren Jahrgängen, die im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten, und den Soldaten des Zweiten Weltkrieges.

In der folgenden Sektion wurden die Debatten um die wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung innerhalb der einzelnen Staaten thematisiert. **José Harris** (Oxford) wandte sich in ihrem Vortrag über die Diskussion in Großbritannien gegen die Ansicht, der Zweite Weltkrieg habe kaum Auswirkungen auf die britische Nachkriegsgesellschaft gehabt. Statt dessen betonte sie, die Ideen des „war socialism“ seien wichtiger, folgenreicher und radikaler gewesen als man heute gemeinhin annehme. Der Gedanke, erfolgreiche Planungsmethoden aus der Kriegszeit könnten auf das Management der Volkswirtschaft in Friedenszeiten übertragen werden, war Harris zufolge nicht auf die politische Linke beschränkt, sondern fand Anhänger bis weit in die Konservative Partei hinein. Die französischen ökonomischen und politischen Eliten waren - anders als die britischen - nach den Erfahrungen der Niederlage von 1940 und der anschließenden Kollaboration vieler Landsleute mit NS-Deutschland von der Notwendigkeit einer grundlegenden Modernisierung überzeugt. Diese Modernisierung sollte sich nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft, sondern ganz bewußt auch auf den Staat und die Nation erstrecken, wie **Gérard Bossuat** (Cergy-Pontoise) in seinem Vortrag darlegte. **Luciano Segreto** (Florenz) schilderte, wie sich die Anpassung an die internationalen Rahmenbedingungen des beginnenden Kalten Krieges unter spezifisch italienischen Bedingungen vollzog. Segreto stellte dar, wie sich technokratische Manager des mächtigen Staatssektors amerikanische Deregulierungsvorstellungen zu eigen machten, für Freihandel sowie eine Neuorganisation der italienischen Wirtschaft plädierten und sich schließlich gegen Politiker und Beamte durchsetzen konnten, die marktwirtschaftlichen Ideen zum Teil skeptischer gegenüberstanden.

Auch in der 3. Sektion, die sich mit der Diskussion um die Zukunft des Nationalstaates und den Anfängen der europäischen Integration beschäftigte, kreisten die Vorträge immer wieder um das Spannungsverhältnis zwischen amerikanischem Einfluß und der Eigenständigkeit der westeuropäischen Entwicklung. **Wilfried Loth** (Essen) hob in seinem Vortrag über die westdeutsche Europadiskussion deren spezifisch deutsche Motive und Ziele hervor. Er interpretierte die Popularität der Europabewegung insbesondere bei der Jugend als Reaktion auf die Orientierungslosigkeit nach der Niederlage im Krieg und dem Bankrott des NS-Regimes. Später seien die Rückgewinnung staatlicher Souveränität, die Selbsteindämmung der Bundesrepublik sowie die Friedenssicherung als Triebkräfte westdeutscher Europapolitik hinzugetreten. **Élisabeth du Réau** (Paris) unterstrich in ihrem Vortrag über die Europadiskussion in Frankreich gleichfalls deren Wurzeln in spezifisch französischen Problemen und

Bedrohungswahrnehmungen. In das Zentrum ihrer Ausführungen stellte sie die sicherheitspolitischen Überlegungen in Frankreich zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954. Das Kernproblem, um das die französische Sicherheitspolitik kreiste, sei das unauflösliche Spannungsverhältnis zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit – zunächst vor allem vor Deutschland, später zunehmend auch vor der Sowjetunion – auf der einen und der Bewahrung nationaler Handlungsfähigkeit und Souveränität auf der anderen Seite gewesen. **Leopoldo Nuti** (Rom) brachte für den italienischen Fall die USA als zentralen Faktor in die Diskussion. Die italienische Europapolitik, so lautete seine These, sei immer vor allem auch ein Mittel gewesen, amerikanische Hilfe sicherzustellen, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erreichen. Dieses Ziel sei der italienischen Öffentlichkeit in der Sprache oftmals wolkiger, idealistischer Europarhetorik leichter zu vermitteln gewesen als in den Begriffen einer überkommenen, diskreditierten Machtpolitik. Die britische Europadiskussion, über die **Piers N. Ludlow** (London) referierte, unterschied sich insofern beträchtlich von den drei anderen Debatten, als Großbritannien in den fünfziger Jahren nicht an der beginnenden europäischen Integration teilnahm. Ludlows Vortrag kreiste daher um eine These, mit deren Hilfe dieser britische Sonderweg häufig zu erklären versucht wird: die Behauptung, die Briten hätten mit der verpaßten Chance, am Integrationsprozeß von Beginn an teilzunehmen, den Preis für ihren Sieg im Zweiten Weltkrieg gezahlt. Ludlow widersprach dieser These unter anderem mit dem Hinweis auf die zahlreichen Kontinuitäten, welche die britische Außenpolitik vor 1939 und nach 1945 miteinander verbunden habe.

In der abschließenden 4. Sektion ging es um den gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Einfluß, den die USA während des Kalten Krieges auf Westeuropa ausübten. **Detlef Junker** (Heidelberg) betonte in seinem einleitenden Überblicksvortrag über die Vereinigten Staaten und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, wie untrennbar das Schicksal beider Nationen in der Mitte des 20. Jahrhunderts miteinander verwoben gewesen sei. Erst die Herausforderung durch das nationalsozialistische Deutschland habe die USA in eine Weltmacht verwandelt, während umgekehrt die deutsche Ankunft im Westen nicht ohne den amerikanischen Einfluß erklärt werden könne. **Carlo Spagnolo** (Siena) zeigte mit seiner Deutung des Marshall-Plans, wie stark innen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Planungen der Hegemonialmacht USA im Hinblick auf Westeuropa ineinander flossen. Spagnolo interpretierte den Marshall-Plan als Bestandteil einer umfassenderen Strategie, die letztlich auf die Errichtung einer neuen globalen Ordnung unter der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zielte. Friedenssicherung und die Rettung des liberalen Kapitalismus seien nach Vorstellung der amerikanischen Strategen nicht voneinander zu trennen gewesen. Der Vortrag von **Volker Berghahn** (New York) ergänzte das von Spagnolo entworfene Bild einer umfassenden amerikanischen Nachkriegsplanung für Westeuropa um einen weiteren Aspekt: die kulturelle Dimension. Die auf Westeuropa gerichtete Bedrohung durch die Sowjetunion, so Berghahn, blieb in der Wahrnehmung der USA nicht auf den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich beschränkt, sondern erstreckte sich mindestens ebenso sehr auf die Kultur. Neben einer politisch-militärischen plante man deswegen auch eine kulturelle Gegenoffensive - nicht zuletzt weil die Westeuropäer Ende der vierziger Jahre zwar die politische, militärische und ökonomische Überlegenheit der Vereinigten Staaten widerwillig akzeptiert, jedoch an ihrem kulturellen Überlegenheitsgefühl festgehalten hätten. **Michael Hochgeschwender** (Tübingen) vertiefte die von Berghahn begonnene Diskussion der US-Kulturoffensive anhand der Darstellung eines wichtigen Fallbeispiels: dem „Kongreß für kulturelle Freiheit“, einer vom CIA, später von der Ford Foundation finanzierten Organisation europäischer und amerikanischer Intellektueller, die den Kalten Krieg in erster Linie als intellektuellen Konflikt interpretierten. In der Bundesrepublik und Großbritannien, wo es keine starken kommunistischen Parteien gab, habe der Kampf des Kongresses gegen den Nationalneutralismus bzw. gegen kommunistische *fellow travellers* im Mittelpunkt gestanden. Im

französischen und italienischen Falle sei hingegen die Auseinandersetzung mit dem intellektuellen Einfluß der Kommunisten sowie der Abbau antiamerikanischer Vorurteile zentral gewesen.

Zwei rote Fäden durchzogen die Diskussionen zu allen Vorträgen der Konferenz. Erstens wurde das Spannungsverhältnis zwischen amerikanischem Einfluß und genuin europäischen Triebkräften immer wieder thematisiert. In dieser Frage standen Vertreter der These vom Primat der USA denjenigen gegenüber, die dafür plädierten, die Nachkriegszeit nicht länger als Ende der europäischen Ära der Weltgeschichte zu begreifen, sondern als Scharnierjahrzehnt des europäischen 20. Jahrhunderts. Eng damit verwoben war der zweite Komplex von Fragen, der die Diskussionen prägte: Wie wichtig waren nationale Besonderheiten bei der Reaktion auf gemeinsame Herausforderungen – etwa die Bedrohung durch die UdSSR, das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit im Wohlfahrtsstaat oder die Beziehungen zur hegemonialen Rolle der USA? Umgekehrt: Wie sehr ähnelte sich die Entwicklung der Nachkriegsgesellschaften allen nationalen Unterschieden zum Trotz? Großbritannien schien etwa im Hinblick auf die Europapolitik oder das Erbe des zweiten Weltkriegs einen gewissen Sonderweg eingeschlagen zu haben. Aber auch andere Nationen nahmen in Einzelfragen Sonderrollen ein: Frankreich etwa im Hinblick auf das Verhältnis zu den USA oder Deutschland mit Blick auf die vollständige Diskreditierung seiner nationalen Vergangenheit. Insofern scheint das Motto „Einheit in Vielfalt“ auch für die Geschichte der westeuropäischen Gesellschaften der Nachkriegszeit eine passende Überschrift zu sein.

Eine Veröffentlichung der Konferenzergebnisse wird vorbereitet.

Dominik Geppert

Deutsches Historisches Institut London

17, Bloomsbury Square

UK - London WC1A 2NJ

Tel. 0044 20 73 09 20 16

E-mail: dgeppert@ghil.co.uk

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2001.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.

Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.